„Mangel an Achtung gegen seine Königliche Majestät"

Klaus Jürgen Herrmann

Zufällig im Internet auf den Seiten des Geheimen Preußischen Staatsarchiv in Berlin- Dahlem entdeckt und hier ausgewertet: Die Reichsstadt Schwäbisch Gmünd legt sich in den Jahren 1791/1792 mit dem Preußischen Außenministerium, dem Preußischen Kriegsministerium und nicht zuletzt mit dem Preußischen Staatskabinett und somit mit dem Preußischen König selbst an: „*...dieser Mangel an Achtung gegen seine Königliche Majestät von Preußen, hat unsern Unwillen erregt*". Der Magistrat der Reichsstadt Schwäbisch Gmünd und der Fall des angeblichen preußischen Rekruten Stephan Urbon aus Schwäbisch Gmünd in den Jahren 1791/92.

Am 15. März 1792 langte es dem preußischen König Friedrich Wilhelm endgültig: Per ordre verfügte er, dass sein Kabinettsministerium an den „*Magistrat dieser Reichsstadt Schwäbisch Gemünd*" schreiben und Aufklärung und Genugtuung im Fall des Werbeunteroffiziers Mehl dringend erbitten sollte. Es war diese Note an die Reichsstadt eine harsche Aufforderung endlich eine Affäre aufzuklären, die jetzt schon fast ein gutes halbes Jahr das Verhältnis zwischen Preußen und Schwäbisch Gmünd „vergiftete", eine Affäre, die allerdings von der Reichsstadt von Anfang an nicht ernst genommen und nicht als „Staatsaffäre" eingeschätzt wurde, wie sie sich aber offensichtlich in den Augen der Preußen darstellte. So musste sich der Gmünder Magistrat in einem ziemlich grob formulierten Schreiben der Preußen vom 15. März 1792 mit einigem Recht vorhalten lassen, man habe die ganze Sache mit „*auffallender Gleichgültigkeit*" behandelt und „*dieser Mangel an Achtung gegen seine Königliche Majestät von Preußen hat unseren Unwillen erregt*".[1]

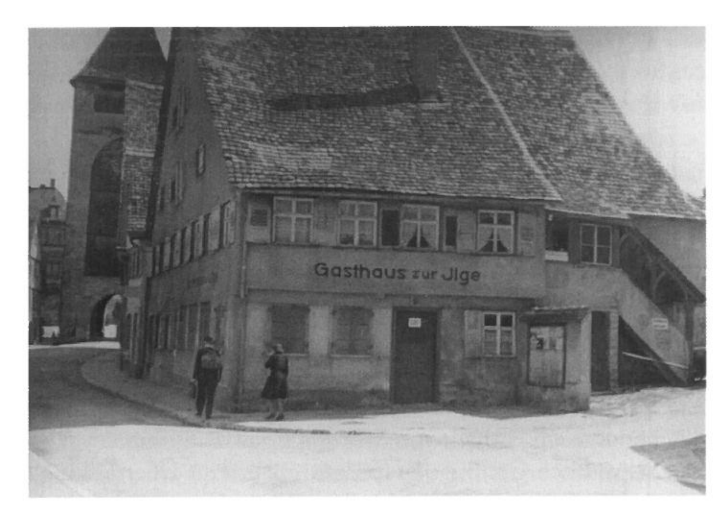
Was war geschehen?

Aufschluss gibt ein kleiner Aktenkonvolut von 14 Blättern, der sich heute wieder im Geheimen Preußischen Staatsarchiv in Berlin Dahlem befindet[2] und die korrespondierenden und ergänzenden Einträge in den Ratsprotokollen der Reichsstadt Schwäbisch Gmünd in den Jahren 1791 und 1792 aus dem Stadtarchiv, die auf Grund dieser preußischen Schreiben eruiert werden konnten.

Anfang des Jahres 1791 kommandierte der in der Reichsstadt Nördlingen residierende preußische Premierlieutenant von Sydow vom Königlich-Preußischen Regiment von Wolframsdorff den 52-jährigen aus dem Mecklenburgischen stammenden Sergeanten Joachim Mehl als Werbeunteroffizier nach Schwäbisch Gmünd ab, um in der Reichsstadt an der Rems Ausschau nach möglichen Soldaten für den König von Preußen zu halten und sie möglicherweise zu werben. Das war das gute Recht jeden Souveräns im damaligen Heiligen Reich Deutscher Nation und neben den Preußen und in Konkurrenz zu ihnen unterhielten zumindest auch die Württemberger temporäre Werbestationen in der Reichsstadt an der Rems. Die Methoden der Anwerbung waren oft anrüchig und streitig; zumindest hatten die Werber im Allgemeinen keinen guten Ruf in der Bevölkerung.[3]

Das musste auch der Sergeant Johann Mehl leidvoll am eigenen Leib erfahren, der nach sei-

Gasthaus zur Ilge in den 30er-Jahren des 20. Jahrhundert. In diesem Gebäude schlug der preußische Werbesergeant von Anfang Januar 1791 bis Anfang August sein Werbebüro auf.



nen eigenen Worten *„allein gleich in den ersten Tagen erfahren musste, dass man die Königlich Preußische Werbung nicht mit günstigen Augen ansah und die Art, mit der man die Königlich Preußischen Werber da immer behandelte, ließe mich auf nichts Gutes hoffen"*.[4] Die Werbestation des Preußen lag in der Wirtschaft zur Ilge in der Rinderbachergasse 62. Dort war er – wie er wohl etwas aufschneiderisch bekennt – allzeit bemüht *„ mir Liebe und Achtung"* der Gmünder Bürger zu erwerben. Jedenfalls bescheinigte ihm der Magistrat bei seinem Wegzug aus der Stadt schriftlich, er habe sich *„still, friedsam und ordentlich"*[5] aufgeführt, was zumindest den Schluss zulässt, dass er bei seinen Werbebemühungen nicht allzu grob vorging.
Was dann aber Anfang August 1791 in der Wirtschaft Ilge sich ereignete, war dem guten Werbesergeanten in seiner 17-jährigen Dienstzeit als Werbeunteroffizier noch nie passiert und im Nachhinein ist es schwer zu entscheiden, ob das, was da abläuft, als ein gewollter Affront gegen den Preußen anzusehen ist oder ob es sich nur um einen – ehrlich gesagt – etwas groben Streich von Gmünder Goldschmiedsgesellen handelt.
Es erscheint da der verheiratete Goldschmiedsgeselle Stephan Urbon[6], offensichtlich stocknüchtern, und will *„aus freien Stücken"* preußischer Soldat werden. Schnell wird man sich einig. Vom versprochenen Handgeld – immerhin die beachtliche Summe von 75 Gulden – will Urbon nur einen Gulden sofort, die restlichen 74 Gulden erst bei der Aushändigung der schriftlichen Anwerbungsurkunde. Keck setzt er sich den Soldatenhut des Werbers auf und ruft laut: *„Vivat! Es lebe der König von Preußen"* in den Wirtshaussaal. Noch einen Wunsch hat der neu angeworbene Preuße nun: Er verlangt zur Feier des Tages Musikanten, und die ließ ihm der Werbeunteroffizieroffizier Mehl auch kommen und musste dann konstatieren: *„Er tanzte ordentlich"*.
Vielleicht war die Sache abgesprochen, vielleicht aber nur purer Zufall. Nach den Worten des Werbeunteroffiziers Mehl füllte sich plötzlich die Gaststube der Ilge mit lauter Goldschmiedsgesellen, die den eben geworbenen neuen Rekruten Urbon *„ohne weiters mit Ungestüm fortfuhrten und mir auf die darüber gemachten Vorstellungen droheten,dass, wenn ich mich nur mukste, sie mir Hände und Füße entzwey schlagen würden. Mit diesen Drohungen verbanden sie auch viele Schimpfreden."*
Wenn das ganze nur ein wenn auch grober Schabernack der Gmünder Goldschmiedsgesellen gewesen sein sollte, so hatten sie die Rechnung ohne einen völlig humorlosen preußischen Werbesergeanten gemacht. Denn außer einem Gulden war wirklicher Schaden nicht entstanden. Das sah anscheinend auch der regierende Bürgermeister Stahl[7] so, an den

sich der in seiner Ehre verletzte Sergeant Mehl wandte und offiziell Genugtuung und die Auslieferung des entflohenen Rekruten Urbon forderte. Die *„kurze Abfertigung lautete: Man könne mir nicht helfen, der Pursch habe kein Vermögen und könne daher nichts zahlen. Dagegen verlangte ich: Man solle mir ihn verabfolgen lassen. Aber er wurde mir nicht einmal an die Seite gestellt unter dem nichtigen Vorwand, dass er bereits entwichen wäre."*

Es war offensichtlich, dass Bürgermeisters Stahl den Goldschmiedsgesellen Urbon decken und zugleich schützen wollte, denn von anderer Seite musste der preußische Werbeunteroffizier Mehl erfahren, dass Urbon natürlich sich *„noch in der Stadt befinde"*. Und von eben dieser anderen Seite ließ man ihm darüber *„freundschaftlich"* den Rat zugehen, *„dass ich nach Hause gehen, sonst könnte es mir übel gehen"*.

Mehl zog sich nach dieser offensichtlichen Schlappe aus Schwäbisch Gmünd nach Nördlingen zurück, wo er seinem Vorgesetzten Premierlieutenant von Sydow von dieser ganzen Affäre berichtete. Leutnant von Sydow schrieb daraufhin am 7. August 1791 an den Magistrat von Schwäbisch Gmünd und forderte explizit die Überstellung des Rekruten Stephan Urbon an den Werbesergeanten Mehl, den er mit diesem Brief wieder nach Schwäbisch Gmünd abfertigte.[8] In der Ratssitzung im Großen Rat am Donnerstag, den 11. August, wird der Brief des Leutnants verlesen. Und man beschließt, den doch plötzlich wieder anwesenden Stephan Urbon vor den Rat zu zitieren und ihn in dieser Angelegenheit zu vernehmen. Als er nach drei Tagen immer noch keine Antwort erhalten hatte, reiste der wartende preußische Sergeant Mehl gemäß Befehl unverrichteter Dinge aus der Reichsstadt ab. Am 18. August 1791 behandelt man dann im Rat in Schwäbisch Gmünd dann doch die nun gemachte Aussage des Stephan Urbons zu seiner angeblichen Verpflichtung und weitere Aussagen von Personen, die sich als Zeugen in der Wirtschaft Ilge befanden und beschließt darüber Herrn Leutnant von Sydow in Nördlingen in Kenntnis zu setzen[9].

Offensichtlich ist diese Absicht von Seiten des Magistrats nie ausgeführt worden, denn der Leutnant von Sydow hatte den Vorgang bereits an die nächst höhere preußische Instanz weiter gereicht. Gut einen Monat später, am 20. September 1791, muss im Geheimen Rat der Reichsstadt Schwäbisch Gmünd ein am 12. September 1791 abgefasster Brief des Bevollmächtigten Preußischen Ministers beim Schwäbischen Kreis, von Madeweiss, beraten werden, in dem dieser die Überstellung des Stephan Urbon zum preußischen Militär erneut verlangt. In seinem Beschluss zur Sache formuliert der Geheime Rat, man werde dem Preußischen Minister schreiben und *„die Gründe, welche den Urbon entschuldigen, anführen."* [10] Offensichtlich vertrat nun der Magistrat ganz die Meinung, die Werbung des Urbon sei ungültig.

Allein die Preußen ließen sich nicht abspeisen und der Magistrat versäumte es, zu antworten, wie aus dem Schreiben des Ministers von Madeweiss an seinen König vom 18. Januar 1792 entnommen werden kann. Dort schreibt er zu der ganze Affäre: *„Das mir der in Dinkelsbühl und Anspach mit Werbung stehende Lieutenant von Sydow schon vor einiger Zeit von einem Vorfall, der sein Unterofficier Mehl vor einiger Zeit mit einem Rekruten in Schwäbisch Gmünd gehabt hat, Nachricht gegeben und mich ersucht, ihn in seinem billigen Verlangen bey dem Magistrat dieser Reichsstadt, an der er geschrieben, die ihm aber nicht geantwortet, zu unterstützen. Ich habe nicht ermangelt dem Begehren des von Sydow unverzüglich ein Genüge zu leisten und an den Magistrat von Schwäbisch Gemünd ein höfliches Schreiben zu erlassen, von demselben aber keine Antwort erhalten und da ich auf Verlangen des von Sydow auch das zweite Schreiben*[11] *an dieselben abgelaßen, so ist selbiges, so wie das erste, unbeantwortet geblieben. Nun hat der etc. von Sydow von mir ernst nun wieder begehrt, dass ich nochmals an den Magistrat dieser Reichsstadt schreiben möchte; da ich aber voraussehe, dass ich das dritte Mal noch so wenig*

wie die beiden ersten Male eine Antwort bekommen werde, so habe ich billig Anstand genommen, es zu thun, sondern für meine Schuldigkeit gehalten, Euer königlichen Majestät diesen ganz unerwarteten Vorgang alleruntertänigst anzuzeigen. Und mir deshalb Allerhöchst dero Verhaltungsbefehl zu erbitten."[12]

Die Königliche Regierung gibt nun den Vorfall an das Preußische Oberkriegsministerium zuständigkeitshalber weiter und schreibt am 29. Januar 1792 in dieser Angelegenheit: „*Wenn aus dem Brief des von Madeweiss zu ersehen wäre, von welcher Art gedachter Vorfall gewesen ist und worauf die Beschwerde des Lieutenants sich gründet, so hätten wir keinen Anstand genommen, an den Magistrat der Reichsstadt Gemünd, des nöthigen zugleich zu erlassen…*"

Involviert in den Vorgang wird nun auch das Preußische Außenministerium, da der Staat Schwäbisch Gmünd ein selbständiges politisches Gebilde ist. Beide preußische Ministerien verlangen nun eine genaue Darstellung der Angelegenheit. Aus allen diesen Schreiben geht deutlich hervor, dass es die Reichsstadt versäumt hat, auf die verschiedenen Briefe und Ansuchen des Premierlieutenants von Sydow und des Bevollmächtigten Ministers beim Schwäbischen Kreis von Madeweiss zu antworten. Zuletzt nimmt noch Generalleutnant und sogleich Generalwerbeinspekteur von Lengefeld Stellung und betont nochmals, dass alle Anfragen von preußischer Seite vom Magistrat der Reichsstadt unbeantwortet geblieben sind.[13]

All das endet nun mit dem Anfangs erwähnten geharnischten schriftlichen Protest der preußischen Staatsregierung an den Magistrat vom 15. März 1792.

Sechzehn Tage später wird im Geheimen Rat der Reichsstadt die preußische Note abgehandelt[14] und deren Forderungen beraten, die da lauten: genaueste Untersuchung des Vorfalls bei der Anwerbung des Stephan Urbon, Bestrafung der oder des Schuldigen und *Erstattung der durch ihre Gewalttätigkeiten verursachte Kosten* und Zurückzahlung des Handgeldes von einem Gulden. Der Magistrat von Schwäbisch Gmünd scheint den Forderungen nachgegeben zu haben. Lapidar lautet der reichsstädtische Beschluss: „*An die* (preußische) *Behörde schuldige Antworth zu erteilen*". Von der Erledigung dieser „Staatsaffäre" steht nichts mehr in den reichsstädtischen wie preußischen Akten.

1 Schreiben des Kabinettsministeriums von Preußen an die Reichsstadt Schwäbisch Gmünd vom 15. März 1792,Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz, Berlin-Dahlem, I. HA Geheimer Rat Rep. 63: Neuere Kriegssachen Nr. 1914

2 Acta betreffend die Beschwerden des auf Werbung stehenden Lieutenant von Sydow über den Magistrat zu Schwäbisch Gemünd wegen der dem Unterofficier Mehl verweigerten Genugthuung und Entschädigung eines angeworbenen und ihm abgenommenen Recruten, Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz, Berlin-Dahlem, I. HA Geheimer Rat Rep. 63: Neuere Kriegssachen Nr. 1914

3 Vgl. dazu ausführlicher K.J. Herrmann: Preußische Werber in der Reichsstadt Schwäbisch Gmünd, Teil 1 Einhorn Jahrbuch 1993, 152-160; Teil 2, Einhorn Jahrbuch 1994, 115-120.

4 Wie Anmerkung 2: Zeugenaussage des Sergeanten Joachim Mehl vom 17. Februar 1792

5 Wie Anmerkung 4

6 Ratsprotokoll 1791 fol. 295 vom 11. August 1791

7 Bürgermeister Georg Franz Stahl von Pfeilhalden (1786-1797)

8 Ratsprotokoll 1791 fol. 295 vom 11. August 1791 und wie Anmerkung 4

9 Ratsprotokoll vom 18. August 1791 fol. 310

10 Ratsprotokoll vom 20. September 1791 fol. 349

11 Ratsprotokoll vom 3. November 1791 fol. 409

12 Wie Anmerkung 2: Carlsruhe, den 18. Januar 1792

13 Wie Anmerkung 2: Frankfurt a.M. 20. Februar 1792

14 Ratsprotokoll vom 31. März 1792 fol. 1791 fol. 136

einhorn Jahrbuch Schwäbisch Gmünd 2009



Einhorn-Verlag+Druck GmbH Schwäbisch Gmünd

einhorn-Jahrbuch Schwäbisch Gmünd
36. Jahrgang / 2009
Gegründet von Eduard Dietenberger

Redaktion: Ulrich Stegmaier
Für Anzeigen verantwortlich: Jörg Schumacher

ISSN 0723-0877
ISBN 978-3-936373-55-4

BILDNACHWEIS
Archiv Einhorn-Verlag S. 3, 23, 24, 25, 26, 27, 28(1), 30, 31, 157
Stadt Schwäbisch Gmünd, Informationsamt S. 6, 7, 8, 9, 10, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22
Eduard Kessler S. 28(1)
Walter Laible S. 29
Stadtarchiv Schwäbisch Gmünd S. 33, 36, 37, 39, 65, 66, 125, 127, 132, 133, 134, 137, 138, 141, 156
Städtisches Museum im Prediger S. 42, 43, 45(1), 46, 48, 49, 107(1), 108, 114, 117, 119, 120
Thomas Mayr S. 44
Hartmut Hientzsch S. 45(1)
Privat S. 53
Foto Schnappschuß S. 54
Foto Schweizer S. 56, 58, 60, 62
Hans-Wolfgang Bächle S. 81, 82, 85(1), 87, 88, 89, 92, 94, 95, 97, 98, 99, 100
museum kunst palast Düsseldorf S. 102, 109(1), 118
Brooklyn Museum New York S. 105
Staatsgalerie Stuttgart S. 107(1), 109(1)
Künstlerverein Malkasten Düsseldorf S. 111
Stadtmuseum Landeshauptstadt Düsseldorf S. 113
Clemens-Sels-Museum Neuss S. 116
Heidrun Irre S. 112, 122
Johannes Schüle S. 128, 129, 130
Stadtarchiv Rottweil S. 159
Werner Debler S. 161
Staatsarchiv Ludwigsburg S. 164, 165, 166, 167, 168, 170, 172, 176, 177, 178, 179
Dietmar Holzwarth S. 169
Archiv des Ev. Diakoniewerks Schwäbisch Hall S. 184, 187, 189
Umschlagfoto: Löwenbrunnen, Münsterchor und Glockenturm. Foto: Eduard Stanzel